

Antrag

Hannover, den 07.09.2021

Fraktion der FDP

Hochschulen sind digitale Präsenzeinrichtungen - für ein sicheres Wintersemester 2021/2022

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Das Ziel der niedersächsischen Politik muss es sein, für alle Gruppen unserer Gesellschaft, begonnen mit den Ältesten, Jüngsten und Schwächsten, auch unter den Bedingungen einer Pandemie möglichst viel Normalität zu gewährleisten. Den Hochschulen im Land ist es dabei trotz unsicherer politischer und pandemischer Rahmenbedingungen ad hoc gelungen, die Wissens- und Kompetenzvermittlung in den digitalen Raum zu verlagern und ihre Lehr- und Lernangebote auch in Zeiten eingeschränkter physischer Mobilität aufrechtzuerhalten. Die von den Hochschulen demonstrierte Agilität in Zeiten der Pandemie unterstreicht abermals die Bedeutung des Systems Hochschule für die Zukunftsfähigkeit des Landes Niedersachsen. Nach eineinhalb Jahren coronabedingter Einschränkungen ist es den Hochschulen nun erneut aus eigener Kraft gelungen, erste Schritte zur Wiederaufnahme des Hochschulbetriebes in Präsenz einzuleiten. Für die niedersächsische Landespolitik ist es nun angezeigt, dem Vorbild anderer Länder zu folgen und den Hochschulen regulatorische Planungssicherheit über das gesamte Wintersemester 2021/2022 hinweg zu geben.

Überdies müssen die neu geschaffenen digitalen Lernräume überprüft und wo nötig professionalisiert werden, um sie als neue Angebote dauerhaft zur Wissens- und Kompetenzvermittlung zu etablieren. Auch hierbei bedarf es einer landespolitischen Unterstützung der Hochschulen in finanzieller, technischer und infrastruktureller Hinsicht. Erste Studien zeigen, dass besonders aufwendig gestaltete digitale Lehrveranstaltungen gute Studienleistungen auch ohne Präsenz ermöglichen können. Formate, die nicht der digitalen Lernumgebung angepasst, sondern nur audiovisuell übertragen werden, führen hingegen bei Studierenden und Didaktikern zu Kritik. Die Entwicklung von innovativen digitalen Lehrveranstaltungen muss also auch nach der Pandemie verstetigt werden, ohne die Lehrenden zusätzlich zeitlich zu belasten. Der digitale und analoge Campus hat sich in seiner Entwicklung in den vergangenen Monaten nicht gegenseitig ersetzt, sondern ergänzt. Die Lehr- und Lernerfahrungen in beiden Räumen führen zu einer gelingenden Gestaltung der Lebensphase Studium.

Hochschulen sind daneben nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch Räume der Diskussion und Begegnung. Neben dem Wissenserwerb ist diese Lebensphase für die Studierenden davon geprägt, sich als Person auszuprobieren, Talente zu entdecken und die eigene Persönlichkeit aus- und weiterzubilden. Dafür benötigen Studierende soziale Interaktion, die nicht ausschließlich im digitalen Raum stattfinden kann. Das Studium als persönlichkeitsprägende Lebensphase leidet mithin extrem unter den Pandemiebedingungen. Ein weiteres Semester ohne soziales Lernen in Präsenz birgt die Gefahr einer erhöhten Quote von Studienabbrüchen und verstärkt soziale Härten, insbesondere bei Studienanfängerinnen und Studienanfängern sowie bei Studierenden der ersten Generation.

Der Krisenmodus, in dem sich die Hochschulgemeinschaft in den vergangenen Monaten befand, muss in der aktuellen Phase der Pandemie beendet und die Normalität auf dem Campus wiederhergestellt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. die Niedersächsische Verordnung über infektionspräventive Schutzmaßnahmen gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 und dessen Varianten (Niedersächsische Corona-Verordnung) dahin gehend anzupassen, dass Präsenzveranstaltungen aller Formate für alle Studierenden unabhängig von Inzidenz oder Warnstufe uneingeschränkt möglich sind,

2. den Hochschulen zuzusichern, dass die von ihnen in der bisherigen Form anberaumte Präsenzlehre bei jeder künftigen Verordnungsgebung für die gesamte Dauer des Wintersemesters 2021/2022 aufrechterhalten werden kann,
3. Impfangebote in Kooperation mit den Hochschulen zu unterstützen,
4. die Hochschulen bei der Kontrolle und Umsetzung der 3G-Regel zu unterstützen,
5. den Hochschulen Mittel für kompensatorische Aufgaben und etwaige kleinere Seminare, Arbeitsgemeinschaften und Tutorien bereitzustellen,
6. gemeinsam mit den Hochschulen ein langfristiges Konzept zur Digitalisierung der Lehre zu erarbeiten, das die Aspekte
 - a. des Lehrdeputats,
 - b. der räumlichen, technischen und infrastrukturellen Ausstattung,
 - c. von Prüfungen,
 - d. des studentischen- und Hochschullebenseinbezieht,
7. das geplante Portal zur Vermittlung von Studentinnen und Studenten zur Unterstützung der Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler bis Ende September in Betrieb zu nehmen,
8. die Entwicklung und Ausbreitung der Pandemie sowie die Maßnahmen zum Infektionsschutz im Hochschulbetrieb wissenschaftlich zu evaluieren.

Begründung

Der bevorstehende Semesterstart erfordert ein schnelles, entschlossenes und weitsichtiges Handeln der politisch Verantwortlichen, um Hochschulen, Lehrenden und Studierenden Planungssicherheit zu geben. Die aktuelle Verordnungslage schafft hingegen keine ausreichende Perspektive für das kommende Wintersemester. Die weiteren Warnstufen sind nicht ausdifferenziert, die Hochschulen finden in der Verordnungsgebung keine Erwähnung, und die politische Zusicherung für ein Wintersemester in Präsenz fehlt. Der Aufbau und die Kontrolle eines Testwesens an den Hochschulen nach dem Auslaufen der kostenlosen Bürgertests bleiben unklar. Ebenso verspätet wie die Landesregierung die Verlängerung der individuellen Regelstudienzeit auf den Weg gebracht hat, leitet sie nun das zugesagte Portal und weitere Instrumente zur Kompensation von Lerninhalten ein. Diese träge Haltung darf sich bei der Ausgestaltung des Hochschullebens nach der Pandemie nicht wiederholen. Innovative Lehr- und Lernformate sind zu verstetigen, ohne die Hochschulen als Räume des sozialen Lernens zu verkennen. Dafür sind nun die personellen, technischen, räumlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen einzuleiten. Niedersachsen braucht eine Hochschulstrategie, die das Land aus dem wissenschaftspolitischen Mittelfeld herausführt.

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 07.09.2021)